

Verfahren Erlenbach a. Main 1  
Stadt Erlenbach a. Main  
Landkreis Miltenberg  
VKZLE 785021

Antrag-Nr. ....



**Antrag auf Bezuschussung für Neuanpflanzung**  
(bitte leserlich schreiben)

Anlagen:

1 Bescheid der Regierung von Unterfranken (Kopie)  
1 Pachtvertrag (Kopie) vom .....

	Eigentümer	Bewirtschafter (Pächter)
Vor- und Zuname	.....	.....
Straße, HsNr.	.....	.....
PLZ, Wohnort	.....	.....
Tel.-Nr.	.....	.....

FlstNr(n). ..... Gemarkung .....

Flurlage .....

Gesamtfläche des Flurstücks / der Flurstücke ..... ha

Neuanpflanzungsfläche ..... ha

Die Neuanpflanzungsfläche ist in der Örtlichkeit eindeutig erkennbar (ggf. Kennzeichnung mit Farbe oder Stichel).

Mein Antrag auf Neuanpflanzung wurde mit beiliegendem Bescheid der Regierung von Unterfranken genehmigt.

Im Bescheid ist eine Ausgleichszahlung an den Bay. Naturschutzfonds verfügt.

nein  ja für eine Fläche von .....m<sup>2</sup>

**Mit den Maßnahmen habe ich noch nicht begonnen** (siehe Hinweis auf Seite 2 des Antrags).

Für die o.a. Neuanpflanzungsfläche wird Förderung im Rahmen der Flurbereinigung beantragt.

....., den .....

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers:

.....  
Eigentümer

.....  
Pächter

**Falls der Pächter Antragsteller ist und der Eigentümer diesen Antrag nicht unterschreibt, ist der Pachtvertrag in Kopie beizulegen.**

**b.w.**

**Hinweis:**

**Warnung vor Subventionsbetrug**

Wegen Subventionsbetrug wird bestraft, wer

- über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für ihn vorteilhaft sind,
- den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.

Subventionserhebliche Tatsachen sind

- die Angaben dieses Vordrucks,
- die Erklärung zu Beginn der Maßnahmen,
- die Angaben in den mit dem Antrag eingereichten Unterlagen.

Die Behörden sind gesetzlich verpflichtet, den Verdacht eines Subventionsbetrugs den Strafverfolgungsbehörden mitzuteilen.

**! Erklärung zu Beginn der Maßnahmen**

**!** Mit den Maßnahmen darf erst nach Genehmigung durch die DLE Würzburg begonnen werden. Bereits  
**!** **begonnene Maßnahmen sind grundsätzlich von der Förderung ausgeschlossen.** Der Abschluss eines  
**!** der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z.B. Bestellung, Kaufvertrag) gilt  
**!** bereits als Maßnahmenbeginn.

**!** Eine entsprechende Erklärung wurde auf Seite 1 abgegeben.

-----  
**Bestätigung des örtlichen Vorstandes** (nicht vom Antragsteller auszufüllen):

Aufgrund einer Ortseinsicht wird bestätigt:

1. Die beantragten Maßnahmen sind sinnvoll und notwendig.
2. Mit den Neuanpflanzungsarbeiten wurde noch nicht begonnen.
3. Die Neuanpflanzungsflächen sind in der Örtlichkeit eindeutig erkennbar.

Erlenbach am Main, den .....

.....  
örtlich Beauftragter                      Wegebaumeister                      sonstige(s) Vorstandsmitglied(er)